

Landesrat Mag. Susanne Rosenkranz

Herrn
Präsidenten des NÖ Landtages
Mag. Karl Wilfing

Landtag von Niederösterreich
Landtagsdirektion
Eing.: 02.06.2025
Zu Ltg.-**684/XX-2025**

St. Pölten, am 02.06.2025

Sehr geehrter Herr Präsident!

Zur Anfrage der Abgeordneten Mag. Silvia Moser MSc., Ltg.-684/XX-2025, betreffend „Teilnahme am Pilotprojekt des Bundes Heranführung von Menschen mit höchstem Unterstützungsbedarf an den ersten Arbeitsmarkt“, wird binnen offener Frist wie folgt mitgeteilt:

Die Fragen 1 bis 9 werden in einem beantwortet:

Die angesprochene Förderrichtlinie des Bundes betreffend Inklusive Arbeit wurde von der Fachabteilung des Landes Niederösterreich eingehend geprüft und dabei festgestellt:

- Die Richtlinie wurde ohne Länderbeteiligung erlassen, obwohl mindestens ein Drittel der Projektkosten von Seiten des jeweiligen Bundeslandes zu tragen wären.
- Eine nachhaltige Finanzierung der Projekte ist nicht gesichert, da es sich lediglich um eine Anstoßfinanzierung handelt. Ziel des Landes Niederösterreich ist es jedoch, nachhaltige Strukturen zu schaffen. Dies bedarf weiterführender Gespräche zwischen Bund und Ländern.

-

- In der Gesamthematik Lohn statt Taschengeld ist der Realisierung eines pensionsversicherungsrechtlichen Sondertatbestandes klar der Vorzug zu geben, um eine nachhaltige Weiterentwicklung in Richtung eines selbstbestimmten Lebens im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention herbeizuführen.

Die Thematik wurde zuletzt in der Landessozialreferentenkonferenz in Langenlois am 9.5.2025 diskutiert und einstimmig folgender Beschluss gefasst:

„Die LandessozialreferentInnenkonferenz begrüßt die Initiative des Bundes hinsichtlich der Schaffung von Projekten zur Inklusion von Menschen mit Behinderung auf den ersten Arbeitsmarkt. Um eine nachhaltige Implementierung von inklusiven Projekten zum Thema Arbeit für Menschen mit Behinderung zu gewährleisten, ergeht das Ersuchen an Frau Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz Gespräche mit den Bundesländern aufzunehmen und die langfristige Finanzierung dieser wichtigen Leistung zu gewährleisten.“

Die von sämtlichen Bundesländern geforderte langfristige Finanzierung ist bis heute nicht erfolgt.

Aus all diesen Gründen beteiligt sich das Land Niederösterreich daher aktuell nicht am Pilotprojekt des Bundes.

Mit freundlichen Grüßen

Mag. Susanne Rosenkranz
Landesrat